

Anträge für den CDU-Bundesparteitag 2016

Gestellt von Georg Schell, CDU Sankt Augustin

1

2 **Antrag „Flüchtlingen vor Ort helfen“**

3 Um die gravierenden und in viel zu vielen Fällen tödlichen Risiken von Menschen auf der Flucht
4 möglichst erst gar nicht entstehen zu lassen, die Rückkehr der Flüchtenden in ihre Heimatregion zu
5 vereinfachen und nicht zuletzt die insgesamt aufzuwendenden Finanzmittel effektiver zu nutzen, setzt
6 sich die CDU Deutschland ausdrücklich dafür ein, dass die Bundesrepublik Deutschland

- 7 • ihr Engagement bei der Unterstützung von Flüchtlingen unmittelbar in den Ursprungsländern
8 oder deren Nachbarländern erheblich verstärkt,
- 9 • sich in allen Belangen an die internationale Spitze der humanitären Vor-Ort-Hilfe setzt und
- 10 • ihre Bemühungen um die Unterstützung anderer Geberländer in dieser Angelegenheit
11 umfangreich ausbaut.

12 Die CDU beauftragt daher ihre Vertreter in den entsprechenden nationalen und internationalen
13 Gremien und fordert die Bundesregierung auf, hierzu notwendige zusätzliche personelle und
14 finanzielle Ressourcen schnellstmöglich bereitzustellen.

1 **Antrag „Bürger sollen sicher sein und sich auch sicher fühlen“**

2 Trotz der bei den Polizeibehörden des Bundes und der Länder in den letzten ein bis zwei Jahren
3 beschlossenen zusätzlichen Stellen ist erkennbar, dass dies nicht ausreicht, die verschiedenen – zum
4 Teil in den letzten Jahren massiv gestiegenen – Anforderungen ohne ungebührliche Belastungen des
5 Personals im gebotenen Umfang und nachhaltig zu erfüllen. Dies führt schon jetzt dazu, dass sich viel
6 zu viele Bürgerinnen und Bürger alleine schon aufgrund häufig zu geringer Polizeipräsenz bei
7 präventiven Maßnahmen sowie in vielen Deliktgruppen miserablen Aufklärungsquoten schlicht nicht
8 ausreichend geschützt fühlen. Daher setzt sich die CDU Deutschland ausdrücklich dafür ein, dass
9 Bundesregierung und Landesregierungen in Abhängigkeit ihrer jeweiligen Stellen- und
10 Aufgabensituation mehr Stellen schaffen, um insbesondere

- 11 • den Anforderungen bei der Terror- und sonstigen Gefahrenabwehr und -bekämpfung so gut
12 wie möglich gerecht werden zu können,
- 13 • die zum Teil erheblichen persönlichen Überbelastungen der Mitarbeiter der Polizeien
14 perspektivisch sicher abzubauen,
- 15 • mehr Präventionsmaßnahmen nicht zuletzt bei Delikten wie Diebstahl und Einbruch
16 durchzuführen sowie
- 17 • die Aufklärungsquoten generell und damit auch bei sogenannten Bagatelldelikten signifikant
18 zu verbessern.

19 Die CDU fordert die maßgeblichen Gremien und deren Mitglieder auf, die notwendigen zusätzlichen
20 Stellen schnellstmöglich zu schaffen und zu besetzen.